

Neustart der Opposition?

Pressestatement von Dagmar Enkelmann zur Sitzungswoche von 5.-9. Juli 2010

Die schwarz-gelbe Koalition ist in schwierigem Fahrwasser. Bei der Bundespräsidentenwahl kam sie noch mit einem blauen Auge davon. Diese Wahl hat den Zustand der Regierung offenbart. Die Kanzlerin hat ihre Koalition nicht mehr im Griff. Die Politik des Aussitzens reicht nicht mehr. Es fehlen verbindende Themen. Jeder macht, was er will.

Diese Situation müsste die Opposition glücklich machen, aber ihr Bild zeigt sich nicht viel besser. Sicher gibt es keine Koalition in der Opposition, aber zu ihren Kernaufgaben gehört es, die Regierung vor sich herzutreiben und Themen zu setzen. Diese liegen quasi auf der Straße: die kommenden Haushaltsberatungen, Verschuldung und Schuldenabbau, die Gesundheits- und Steuerpolitik, Friedenspolitik und die Rolle der Bundeswehr sowie die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme.

Die Regierung braucht einen Neustart. Diesen braucht aber auch die Opposition. Beispiele über fehlendes Zusammenwirken gibt es leider genügend. So verhinderten SPD und Grüne, dass es zur Lage im Gaza-Streifen einen fraktionsübergreifenden Antrag unter Einschluss der LINKEN gab – obwohl wir deutlich signalisiert hatten, dass DIE LINKE mit den Positionen der anderen Fraktionen weitgehend übereinstimmt.

Oder nehmen wir das Thema Finanzmärkte. In dieser Woche gibt es drei im Kern gleichlautende Anträge – einen von jeder Oppositionsfraktion -, die die Bundesregierung auffordern, sich auf EU-Ebene für eine Finanztransaktionssteuer einzusetzen. Ein gemeinsamer wurde abgelehnt.

Oder Gesundheitspolitik: DIE LINKE hatte als erste für diese Sitzungswoche eine Aktuelle Stunde zum Chaos in der Gesundheitspolitik der Koalition beantragt. Auf diese Idee kam dann auch die SPD und setzte sich dank ihrer zahlenmäßigen Stärke durch. Ein gemeinsames Vorgehen der Opposition kommt auch hier nicht zustande – unverständlich angesichts dessen, dass die Milliardendefizite der Kassen jetzt bei Versicherten abgeladen werden. Sie dürfen auch die Zusatzbeiträge bezahlen. Den Weg für die Zusatzbeiträge hatte aber die SPD in der Großen Koalition mit der Einführung des Gesundheitsfonds ab 2009 gebahnt.

Im Kern akzeptieren SPD und Grüne bis heute nicht, dass in der Bundesrepublik ein Fünf-Parteien-System besteht und DIE LINKE auf Augenhöhe mit ihnen steht. SPD und Grüne sollten diesen Zickenkrieg beenden und endlich zu ernsthaften Gesprächen mit der LINKEN bereit sein, um Möglichkeiten gemeinsamen Agierens abzutasten.

Ein zentrales Thema der LINKE in dieser Woche ist auch die Debatte unserer Großen Anfrage zur Beschäftigung Älterer. Trotz einer geringen Steigerung des Anteils Erwerbstätiger über 60 Jahre, ist in diesem Lebensabschnitt Arbeitslosigkeit die Regel. Nur 22 Prozent der über 60jährigen gelingt der Wiedereinstieg aus der Arbeitslosigkeit in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Das wirkt sich gravierend auf die Renten aus. Im Westen ist fast jeder zweite gezwungen, mit Abschlägen von monatlich mehr als 100 Euro in Rente zu gehen, im Osten betrifft das sogar zwei von drei Altersrentnern. Erhöht sich das Renteneintrittsalter – wie schon beschlossen - auf 67, werden zwangsläufig auch die Abschläge steigen – die Rente ab 67 ist deswegen letztlich ein reines Rentenkürzungsprogramm.